

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

ISSUE NO. 4 | August 2019



JUSOS

Nord-Niedersachsen

Inhaltsübersicht

- 03** Grußwort
Lasse Rebbin
- 04** Historische Entwicklung der Klimapolitik
Jonas Pagels
- 08** Für eine Klimapolitik mit sozialdemokratischen
Profil
Mattheus Berg
- 11** Parteiinteressen statt Rettung unserer
Lebensgrundlage
Johanna Kuipers
- 12** Das Elektroauto wird uns nicht retten!
Katharina Brumme
- 14** Die Problematik des Greenwashings
Tom Melzow
- 16** Buchempfehlung
Laura Baumgarten
- 17** Termine
- 18** Editorial & Impressum & Literatur

Grüßwort des Bezirksvorsitzenden

Liebe Leser*innen,

ich freue mich sehr, euch das zweite Verbandsmagazin des Bezirksvorstandes in diesem Jahr präsentieren zu können. In diesem Verbandsmagazin haben wir unseren Schwerpunkt auf das Thema Klimapolitik gelegt.

Die Proteste der Schüler*innen von „Fridays for Future“ haben die Debatte rund um eine nachhaltige Klimapolitik neu entfacht und für verstärkte mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Dabei sticht eine Forderung besonders hervor: „Nehmt die junge Generation und den Klimawandel endlich ernst!“. Für uns als Jungsozialist*innen ist die Frage daher besonders relevant, denn schließlich sind wir Teil der Generation, die die Folgen einer unvernünftigen Klimapolitik direkt zu spüren bekommt bzw. bekommen wird.

Mit diesem Verbandsmagazin wollen wir uns in die Debatte einbringen und Wege für eine nachhaltige und gerechte Klimapolitik aufzeigen. Wir wollen mit euch über eine der drängendsten Themen unserer Zeit diskutieren, zum Nachdenken anregen und Forderungen entwickeln. Mit einer großen Bandbreite an Artikeln ist für jede*n etwas dabei. Angefangen mit Informationen über sozialdemokratische Umweltpolitik, über spezifische Themen wie Elektroautos und „greenwashing“ bis hin zu europäischer Klimapolitik und einen Exkurs in die Landespolitik über das Klimaschutzgesetz in Niedersachsen.

Ich wünsche allen Leser*innen viel Spaß bei dieser Lektüre!

Mit jungsozialistischen Grüßen

Lasse



Historische Entwicklung der Klimapolitik

**Was bisher in der Geschichte der BRD erreicht wurde
Und was noch besser werden muss**

Klima- und Umweltpolitik ist eines der wichtigsten Themen des 21. Jahrhunderts. Derzeit wird dieses Thema auch breit in unserer Gesellschaft debattiert.

Kohleausstieg, Fridays for Future, zwei heiße Sommer in Folge und immer mehr sich häufende Berichte über das stetige Voranschreiten der Erderwärmung befeuern diese Debatte noch zusätzlich. Über die Art und den Umgang lässt sich streiten, aber es ist richtig und wichtig, dass nun gerade doch Millionen Protestierende weltweit immer deutlicher auf dieses brisante Thema hinweisen und den Regierungen Druck machen, ihre Ambitionen im Klimaschutz zu intensivieren.

In diesem Zusammenhang wurde beobachtet, und vielerseits in öffentlichen Debatten kritisiert, dass die Aufmachung und die Darstellung des Themas in öffentlichen Debatten ein Bild des absoluten Politikversagens vorheriger Regierungen zeichnet. Dass einige Ziele und Vorgaben in der Vergangenheit versäumt wurden steht außer Frage und kann zu Recht kritisiert werden. Aber es lohnt sich, einen Blick auf die Umweltpolitik in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten zu werfen um sein Urteil über dieses Thema etwas zu schärfen.

Das damals neue Politikfeld "Umweltpolitik" führte die 1969 neu ins Amt gekommene Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy

Brandt ein. Wichtige Anstöße gaben dazu die damals neue amerikanische Umweltpolitik und die UN-Umweltkonferenz in Stockholm im Jahre 1972. Der Ausbau des neuen Politikfeldes wurde danach umgehend mit einem Sofortprogramm in Angriff genommen, dem schon ein Jahr später ein Umweltprogramm mit detailliertem Gesetzgebungsfahrplan und konkreten Zielvorgaben folgte. Allerdings bahnte sich während der Kanzlerschaft von Willy Brandt auch eine internationale Ölkrise an. Eine bürgerliche Bewegung für Umweltfragen begann sich zu entwickeln.

Die maßgebliche Gegenbewegung begann mit der Ölkrise, die 1974/75 zu einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung führte und auch den Wechsel von Brandt zu Helmut Schmidt mit beeinflusste. Jetzt erst bildeten die Bürgerinitiativen eine politische Kraft als starke außenparlamentarische Opposition. Diese Initiativen forderten paradoxerweise nun die ehrgeizigen Ziele ein, die zuvor die Regierung unter Brandt und dem damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher verkündet hatten.

Spätestens seit den 80er Jahren hat das Thema Umweltpolitik mit dem Einzug der damaligen Protestpartei, den Grünen, Aufmerksamkeit im Deutschen Bundestag und damit auch endgültig in der deutschen Gesellschaft gefunden. Der Bundeskanzler Helmut Kohl konnte während der

Jahre seiner Kanzlerschaft ebenso einige Erfolge in dem Bereich erzielen. Weitere nachhaltige, sinnvolle Maßnahmen rückten in den Jahren nach der Wende und vor dem Hintergrund steigender wirtschaftlicher Krisen und Massenarbeitslosigkeit aus dem Fokus der Bundespolitik.

Spätestens mit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 von der letzten konservativ-liberalen Regierung Helmut Kohls zur rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde Umweltpolitik zur Staatsräson. Nachhaltigkeitsstrategien, die Novellierung eines Naturschutzgesetzes und die Schaffung der Möglichkeit von Verbandsklagen für Umweltverbände auf Bundesebene waren wesentliche Erfolge aus jener Zeit. Mit dem ambitionierten Ziel im Sinne des europäischen ökologischen Netzes NATURA 2000 mindestens 10 Prozent der Landesfläche zu Biotopverbunden umzuwandeln, hat sich die Bundesregierung selbst übertroffen. Nach nur wenigen Jahren betrug dieser Flächenanteil bereits 14 Prozent.

Unter den wirtschaftlichen Problemen und der hohen Arbeitslosigkeit, die während der zweiten Hälfte von Schröders Kanzlerschaft Deutschland prägten, rückte der gesellschaftliche als auch politische Fokus ebenso fernab von umweltpolitischen Themen im eigenen Ressort. Erfolge auf diesem Gebiet wurden größtenteils und in

beeindruckenden Umfang im energiepolitischen Sektor verbucht. Die Bundesregierung setzte mit dem „Atomkonsens“ den Grundstein für die Abschaltung aller Atomkraftwerke in Deutschland. Ein gesetztes Ziel, das die Union immer wieder fälschlicherweise gerne als eigenen Erfolg vermarktet.

Unter Angela Merkel im Kanzleramt wurde die Umweltpolitik in gleichem Stile und der gleichen Geschwindigkeit wie in den Vorjahren kontinuierlich fortgesetzt. Und so lobenswert und anerkennend man das feststellen kann, sogleich liegt aber leider genau hierin das aktuelle eigentliche Problem: Kontinuität.

Im Jahr 2007, also zwei Jahre nach dem Amtsantritt von Angela Merkel, schockierte der UN-Klimabericht die Weltöffentlichkeit. Uns heute selbstverständlich vertraute rasante Folgen des Klimawandels, wie der Anstieg des Meeresspiegels oder die Tatsache, dass die Spezies Mensch für das ansteigende Klima ursächlich sind, fanden weltweit Einklang. Damals zweifelten im Gegensatz zur heutigen Zeit wenige bis gar keine Staatsoberhäupter oder Regierungen diese wissenschaftlich fundierten Fakten an.

Im Nachhinein weiß man natürlich immer alles besser. Spätestens seit dem alarmierenden Bericht von 2007 hätte die damalige Bundesregierung aus SPD und CDU intensiver reagieren müssen. Auch die SPD hat noch sehr lange bis in die jüngste Zeit an der Kohleenergie festgehalten. Die Union hat noch wenige Monate vor der Reaktor-katastrophe von Fukushima klare Bekenntnisse und Beschlüsse für ein Festhalten an der Atomkraft gefasst. Vor diesem Hintergrund darf aber dennoch nicht von einem staatlichen Totalversagen in der bisherigen Klimapolitik gesprochen werden, wie es oft im Zusammenhang mit heutigen Klimadebatten der Fall ist. Hier muss vorsichtiger agiert werden. Politikversagen in einem Bereich zu vermitteln hat auch immer zur Folge ein Framing von allgemeinen Politikversagen in allen Bereichen zu setzen. Natürlich sind Fehler begangen worden. Wir können aber Vergangenes nicht ungeschehen machen. Unsere Verantwortung liegt darin mit dem umzugehen und das Beste aus dem Gegebenen zu tun – Und wenn wir selber Umstände nicht verändern können, müssen wir umso mehr die Verantwortlichen in solchen Punkten in die Pflicht nehmen.

Als Jusos müssen wir in erster Linie zu diesem Thema eine aufklärende Rolle einnehmen. Wichtig ist es, die Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren. Klimapolitik ist eine internationale Verantwortung und

Herausforderung, die alle Staaten gleichsam betrifft. Konkrete Auswirkungen des Klimawandels sind in manchen Nationen bereits spürbar. Gemeinsam mit allen Nationen der Welt in diesem Themenfeld zu arbeiten bietet eine gute Grundlage, dass Staaten weltweit auch auf anderen Politikfeldern kooperieren. Die Bemühungen und Anstrengungen der Bundesregierung müssen in diesem Bereich weiterhin intensiviert werden. Darauf kommt es an und das müssen wir uns selber verinnerlichen. Das Thema Klimapolitik dürfen wir dabei nicht künstlich überstilisieren oder unnötig dramatisieren. Wir müssen Klimapolitik immer im Zusammenhang mit fast allen anderen Politikbereichen denken.

Die Bundesrepublik macht schon viel zum Klimaschutz. Aber zur Einhaltung der international vereinbarten Pariser Klimaziele muss noch mehr getan werden. Als Jusos liegt hierin unsere Verantwortung, weiter in diesem Bereich Druck zu machen aber vor allem zu diesem Thema aufzuklären. In Europa hat das Wort Deutschlands Gewicht. Deutschland ist Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Wir sind eines der international beliebtesten und am meisten respektierten Länder. Der Vollzug der Energiewende gilt weltweit als Vorbild. Das alles ist auch dem Beitrag der SPD in vergangenen Regierungen zu verdanken. Gerade hier liegt unsere Verantwortung, auch

heute Druck auf unsere Mutterpartei, die eben in der Bundesregierung ist, auszuüben. Die SPD muss sich mit all ihrer Kompetenz dafür einbringen, dass Klimapolitik intensiviert wird.

Unser Jusos-Bundesvorsitzender Kevin Kühnert sagte erst im Europawahlkampf: „Wir brauchen nicht miteinander darüber zu streiten, dass der Klimawandel die wahrscheinlich größte Herausforderung ist, vor der wir stehen.“ Er machte auch klar: Für gesellschaftliche Veränderungen brauche es aber immer Mehrheiten. Deshalb gelte es, diejenigen zu überzeugen, für die der Kampf gegen den Klimawandel bisher nicht so wichtig sei. „Ihr habt uns an eurer Seite“.

Und auch auf internationaler Ebene im Interview hat sich unser Europaabgeordneter Tiemo Wölken folgendermaßen geäußert: „Die Bekämpfung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn wir den Wandel auch in der Arbeitswelt sozial gerecht gestalten“. Deshalb habe die SPD in ihr Europa-Wahlprogramm die Forderung nach Einführung einer CO₂-Steuer aufgenommen. Und ganz im Zusammenhang mit der These, Klimapolitik mit anderen Politikbereichen im Gesamtkontext zu betrachten kann man sich Tiemos weiterer Aussage nur mit besten

Gewissen zum Ende anschließen: „Klimaschutz ist eine soziale Frage. Hierin liegt unsere Verantwortung als jung-sozialistischer Richtungsverband und als Sozialdemokratie.“

Für eine Klimapolitik mit sozialdemokratischem Profil

26. Mai 2019. Ein wirklich unangenehmer Wahlabend. Die Exit-Polls kündigten schon Böses an, um 18 Uhr haben sich so ziemlich alle Vermutungen bestätigt. Die SPD hat ein historisch schlechtes Ergebnis eingefahren, drittstärkste Kraft, noch hinter den Grünen. Nach Analyse von Infratest Dimap war das wahlentscheidende Thema der Klima- und Umweltschutz. Es dominiert unsere Medien, egal ob im Internet, im Fernsehen oder in der Presse. Es gibt an diesem Thema kein vorbeikommen mehr.

Das ganze geschieht zu Recht, schließlich leugnet spätestens nach den Hitzewellen der letzten Wochen kaum mehr jemand die sehr reale Bedrohung durch Auswirkungen der Klimakrise. Es ist Zeit zu handeln. Umso paradoxer ist es, dass der öffentliche Diskurs zum Klimaschutz, vor der Europawahl trotz der Brisanz des Themas massiv zu wünschen übrig ließ. Es ging ums Schule schwänzen und die Legitimität eines solchen „Zivilen Ungehorsams“, um Verbote und wie weit die persönliche Freiheit für das Klima beschnitten werden sollte, Metadebatten eben und kaum Konzepte, kaum konkrete Lösungsvorschläge. Am Ende ist sicher: Grün wird gewählt, weil Menschen für Klimaschutz sind, doch für Klimaschutz zu sein ist noch keine Klimapolitik.

Klimaschutz ist K(l)assenfrage

Die Sozialdemokratie hat keine Wahl. Sie muss sich klimapolitisch profilieren – und dafür reicht es weder die Grünen zu verteufeln, noch sie zu kopieren, wobei sie jederzeit inhaltlich demaskiert werden sollten. Das gilt besonders bei ihrer eigenen Regierungspolitik in den Ländern. Denn zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegen da meist Welten.

Weltrettungsgedanken sind nobel, sie dürfen bloß nicht in Klassenhass ausufern. Denn: Klimaschutz ist nicht nur Existenz- sondern auch Klassenfrage. Die SPD hat die Aufgabe eine Klimapolitik zu schaffen, welche sich auch fragt, auf wessen Kosten sie geht. Täglich kursieren Forderungen wie z.B. „Autofahren muss teurer werden“ oder „Heizen und Tanken muss deutlich teurer werden“ durch das mediale Sommerloch. Ohne Frage sind Fliegen und Autofahren sehr günstig, erhöht man die Preise dafür jedoch ohne adäquate Alternativen (hier: in Form von massiv günstigerem und qualitativerem Nahverkehr oder neuen Technologien) zu gewährleisten, bestraft man lediglich diejenigen, welche sich Reisen nun nicht mehr leisten können. Man nimmt ärmeren Menschen damit in diesem Fall ein Stück ihrer Freiheit, denn genau das ist Mobilität. Auch mit gutgemeinten Maßnahmen kann Diskriminierung produziert

werden, nämlich schlicht dann, wenn man Menschen mit niedrigem Einkommen übersieht. Das kann keine progressive Politik sein. Für wohlhabende, vielleicht auch wohlwollende Menschen sind höhere Preise meist kein Problem, sondern (trigger warning) Ablasshandel. Einkommen ist in der Tat der größte Indikator für den CO₂-Ausstoß. So sind Haushalte aus dem unteren Einkommenszehntel zwar für 7 Tonnen Treibhausgas verantwortlich, jedoch sind die oberen 10% für beinahe die Dreifache Menge verantwortlich. Die ärmsten zuerst zu belasten wäre demnach völlig irrsinnig. Die soziale Frage muss beim Klimaschutz also eine noch stärkere Rolle spielen. Mit ihrem Konzept zur Einführung einer CO₂-Steuer, die in Form einer Klimaprämie an die Zahlenden zurückgezahlt werden soll, hat die SPD-Parteispitze bereits einen sinnvollen Vorschlag gemacht, von dem niedrige Einkommen sogar profitieren könnten. Nun muss auch gehandelt werden.

Die Bundesregierung versagt bei der der Energiewende

Die Bundesregierung scheint keine wirkliche Strategie zu verfolgen, wenn es darum geht die eigenen Klimaziele zu erreichen. Das zeigt sich besonders bei der Energiewende, welche in letzter Zeit, besonders bei der Windenergie, wohl mehr Rück- als Fortschritte gemacht hat. Allein im letzten Jahr sind in der Windindustrie über 26.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Nach Schätzungen des Bundesverbands Windenergie werden im Jahr 2019 Anlagen mit nur 1500

Megawatt ans Netz gehen. Zum Vergleich: Im Jahr 2017 waren es noch 5300 Megawatt. Generell liegt die Neubaurate bei Windrädern auf dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 2000. Das ist ein besorgniserregendes Versagen der Bundesregierung, explizit auch von Peter Altmaier (CDU). Ein großer Fehler war mit Sicherheit die Einführung eines Auktionsmodells, welches darauf aus ist, möglichst wenig Geld für die Förderung von Windkraftanlagen bereitstellen zu müssen. Ein Holzweg, welcher sehr teuer sein wird. Die CDU versucht sich ironischerweise mit Hilfe von bürokratischen Hürden, Begrenzungen und komplizierten Genehmigungsverfahren an einer Art Windkraft-Verhinderungs-Politik. Die SPD muss dieses Fass innerhalb der Regierung aufmachen, die Energiewende hat durchaus eine politische Relevanz, welche einen Ausstieg aus einer CDU- geführten Regierung rechtfertigen würde.

Industriepolitik und Green New Deal

Die Klimakrise wird nicht nur durch Verzicht bekämpft werden können. Technologische Innovationen sind dafür ebenfalls unverzichtbar. Schließlich brauchen Dieselmotoren und Kohlekraftwerke (auch international) Ersatz. In den USA wird deshalb schon seit einiger Zeit über einen „Green New Deal“ gesprochen. So sollen durch ökologischen Umbau Millionen von neuen Jobs entstehen. Auf Deutsch könnte man das ganze auch „Ökologische Industriepolitik“ nennen. Peter Altmaier hat hier tatsächlich schon industriepolitische Konzepte vorgelegt. Diese waren jedoch kaum darauf bedacht, ökologischen wie sozialen Fortschritt zu erzielen. In Deutschland könnte der Staat mit dieser Politik beispielsweise die Automobilindustrie in klimafreundliche Bahnen lenken – und damit zukunftsfähig machen. Auch die Energiewende könnte so nicht nur gelingen, sondern sogar beschäftigungspolitisch zu einem vollen Erfolg werden. Um eine funktionierende Green-Tech-Industrie aufzubauen braucht es auch eine Forschung, welche in der Lage ist, die Industrien mit Innovationen zu versorgen. Besonders bei der Speicherung von Energie und auch beim Thema Wasserstoff gibt es sicherlich vieles zu entdecken. Wenn man so will, haben kaputtgesparte Bildungseinrichtungen also auch einen negativen Effekt auf das Klima – zumindest langfristig. Klüger wäre es, die Bildungsausgaben bestenfalls sogar mit einer europäischen Initiative zu vervielfachen. Die Strukturwandelregionen wären gut beraten, die Milliarden, welche sie für den Ausstieg aus der Braunkohle bekommen werden in Hochschulen und Green-Tech zu investieren. Die Bundesregierung ist durchaus gewillt, mehr für technologische Sprunginnovationen zu tun. So möchte man aus diesem Anlass eine Agentur hierfür gründen. Diese hätte wohl eher keinen ökologischen Fokus und hätte wohl nur eingeschränkte finanzielle Mittel. Was uns wiederum zu einem Kernproblem führt: Der Austeritätspolitik. Denn der sozial-ökologische Wandel wird mit Sicherheit viel Geld kosten müssen. Wer „die Welt retten“ möchte muss nun mal tiefer in die Tasche greifen. In Energiewende, Industrien, Bildung und Forschung wie den Klimaschutz im Allgemeinen muss deutlich mehr investiert werden. Dabei werden Schwarze Null und Schuldenbremse nur zu Zukunftsbremsen. Ein charmanter Nebeneffekt einer solchen Investitionsoffensive wäre ein größeres Wirtschaftswachstum (in allen Euro-Ländern) sowie ein Anstieg von Beschäftigung. Die aufgenommenen Schulden wären nicht nur schnell wieder abbaubar, sondern auch eine verdammt gute Investition in die Zukunft unseres Planeten.

Die Themen liegen für die SPD also mal wieder auf der Straße. Sie muss nun handeln. Sie kann sich als einzige Kraft profilieren, welche ökologischen, sozialen und technologischen Fortschritt miteinander verbindet. The stage is yours.

Quellen:

<https://www.welt.de/wirtschaft/article196802401/CO2-Verbrauch-Besserverdiener-sind-die-mit-Abstand-groessten-Klimasuender.html>

<https://www.bmbf.de/de/bundeskabinett-beschliesst-agentur-zur-foerderung-von-sprunginnovationen-6817.html>

Parteiinteressen statt Rettung unserer Lebensgrundlage

Mit 47,5 km² ist Niedersachsen das zweitgrößte Bundesland in Deutschland, mit 37,8 Tausend landwirtschaftlichen Betrieben. Unsere CO₂-Emissionen stagnieren, genau wie die Nutzung umweltschädlicher Energieträger wie Fracking und Braunkohle, nur 0,1 Prozent der Wohnungen/Häuser werden mit Sonnenenergie gewärmt.

Die Folgen des Klimawandels zeigen es deutlich: Wir erleben immer extremere Wetterereignisse, zum Beispiel Dürren mit Wassermangel und auf der anderen Seite Starkregen und Hochwasser.

Dass der Klimaschutz in der Gesellschaft angekommen ist und nicht mehr nur verrückte Hippies mehr Schutz unserer Lebensgrundlage fordern, ist kein Geheimnis mehr. Die Landesregierung steht sich in diesem Punkt selbst im Weg.

Der schon erarbeitete Entwurf für ein landeseigenes Klimaschutzgesetz von der Vorgänger-Regierung (Rot-Grün), wurde durch die vorgezogenen Wahlen nicht mehr verabschiedet.

Im Koalitionsvertrag verständigten sich beide Parteien: „Wir wollen ein Niedersächsisches Klimaschutzgesetz verabschieden“.

Nichts passierte, die Grünen reichten den entsprechenden Entwurf nochmals im Landtag ein – erfolglos dank CDU. Sie mauert, befürchtet den Verlust von Wähler*innen, denn laut CDU werden die Landwirt*innen zu stark beansprucht. Häufig werden sie durch die Gewinnmaximierung in unserem System zu umweltschädlichem Verhalten getrieben (Monokulturen etc.) und nur wenige setzen auf ökologische Landwirtschaft. Wie viel konventionelle Landwirtschaft können wir uns noch leisten? Die SPD erarbeitete im vergangenen Herbst einen

neuen Entwurf für das Klimaschutzgesetz. Seitdem liegt das ganze Vorhaben auf Eis. Obwohl sich beide Parteien dazu verständigt haben noch vor der Sommerpause einen neuen Entwurf vorzulegen.

Schon 2013, als der erste Entwurf diskutiert wurde, gab es schockierende Forschungsergebnisse über die Auswirkungen des Klimawandels. Der Weltklimarat berichtete von deutlich schnelleren Veränderungen, der Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre erreichte einen neuen Höchstwert. Die Forschungs- und Regierungsdelegierten aus 195 UN-Staaten befürchteten, dass der Meeresspiegel noch in diesem Jahrhundert um bis zu 82 cm ansteigen könnte.

Ohne radikale Veränderungen wird sich die Atmosphäre, laut Forschern vom Potsdamer Institut für Klimaforschung, um fast 8 Grad Celsius erwärmen. Auch der Meeresspiegel könnte an der Nordsee bis zu fünf Meter ansteigen. Hiervon wären in Deutschland etwa 3,2 Millionen Menschen betroffen, die Küstenlinie verschiebt sich und jetzige Küstenstädte und Inseln würden überflutet werden.

Global betrachtet betrifft dies aktuell schon 200 Millionen Menschen. Bereits jetzt fliehen Menschen aus Ländern des Südens vor den Folgen des Klimawandels.

Wir tragen Verantwortung für den Erhalt unserer Lebensgrundlage, für uns selbst und alle anderen Lebewesen auf der Welt. Ergreifen wir endlich die Initiative!

Anstatt beispielsweise Millionen in höhere Deiche zu investieren, wäre es sinnvoller, den CO₂-Ausstoß auch in Niedersachsen zu reduzieren und konkrete Ziele in einem Klimaschutzgesetz festzuhalten.

Das Elektroauto wird uns nicht retten!

Und lautlos rollen sie daher, ungestoppt werden sie mehr. Ihre Vorgänger laut, brummig und stinkend, zwar noch die Straßen füllend, doch ist ihre Zeit vermeintlich abgelaufen.

Und lautlos rollen sie daher, Zukunftshelden, na bitte sehr.

Die Frage die nun bleibt, sind sie es denn wirklich, umweltfreundlicher und zukunfts-tragend?

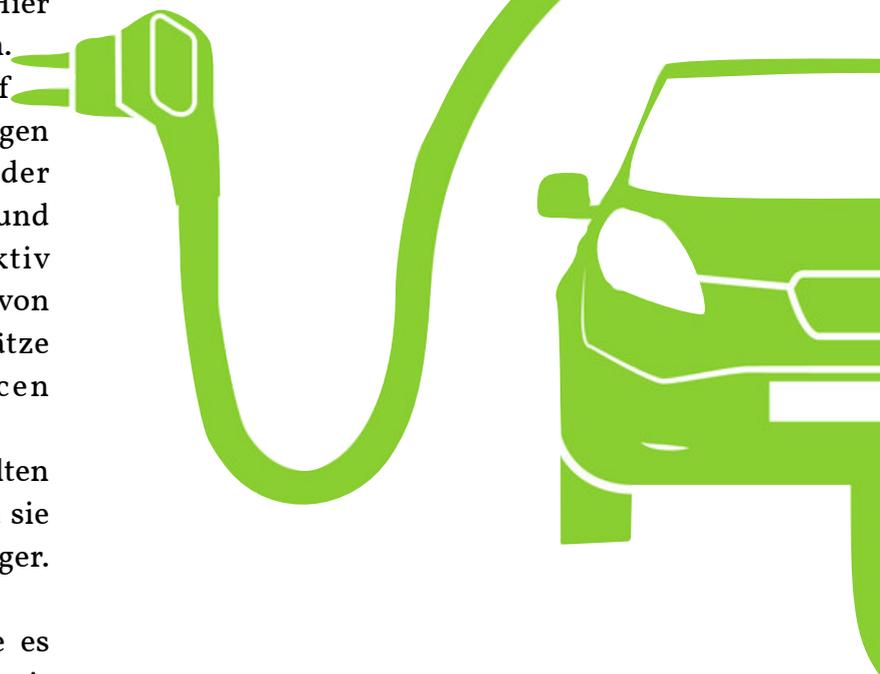
Die Rede ist natürlich von Elektroautos. In Deutschland werden sie auf den Straßen immer mehr. Das hat natürlich verschiedene Gründe zum Beispiel, dass die Hersteller ihr Sortiment derzeit extrem umstellen um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, da erst seit ein paar Jahren das Elektroauto massenbeständig gebaut werden kann. Hier ist vor allem die Firma Tesla zu nennen.

Zum anderen zählen sich, gerade auf Deutschland bezogen, die schon vor einigen Jahren beschlossenen Subventionen der Politik aus, die für die Unternehmen und Käufer*innen das Elektroauto attraktiv machen. Das bedeutet bei der Produktion von Elektroauto natürlich, dass Arbeitsplätze gesichert werden und neue Chancen entstehen.

Das Elektroauto, sowie die E-Mobilität gelten inzwischen auch als Zukunftsweisend, da sie umweltfreundlicher seien als ihre Vorgänger. Doch ist das wirklich so?

Zum einen fahren die Elektroautos, wie es nun mal im Namen schon enthalten ist mit Strom, der im Gegensatz zu den herkömm-

mlichen Autos, kein fossiler Brennstoff ist. In Deutschland aber nicht zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien besteht. Meist ist der Strom ein Mix aus Strom aus fossiler Herstellung und Strom der mit erneuerbaren Energien hergestellt worden ist. Weiterhin ist zu bedenken, Je größere Strecken mit dem Auto und einer Tankladung gefahren werden sollen, desto größere Mengen Strom müssen im Auto, also der Batterie gespeichert werden. Um dieses speichern zu können, müssen meist größere Batterien verbaut werden. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass meist auch größere Karosserien benötigt werden. Bei dieser größeren Distanz kann von einer Reichweite zwischen ca. 400 und 500 km ausgegangen werde.



Bleiben wir mal bei der Batterie. Als Batterie oder Akku werden meist Lithiumbatterien/-akkus benutzt, wobei das Lithium nicht gerade leicht zubekommen ist. Lithium wird meist in großen unterirdischen Seen gespeichert, welche zum Großteil in Gegenden liegen, wo sowieso schon Wasserknappheit herrscht, wie zum Beispiel in Teilen Argentiniens. Der Abbau oder die Gewinnung von Lithium erfolgt über das Raufpumpen dieser unterirdischen Seen und einer darauf folgenden Trocknung, um ein Salzmisch mit 6 % Lithium Anteil zu erhalten. Durch das Raufpumpen des Wasser

sackt Grundwasser in die unterirdischen Salzseen, welches sich mit dem Salzwasser vermischt und unbrauchbar wird, wodurch das Austrocknen dieser Gegenden nur beschleunigt wird.

Klar, ist das Elektroauto nicht die umweltfreundlichste Lösung, aber immer noch besser als Benziner oder Diesel. Jedoch kann das alleinige Setzen auf E-Mobilität in Zukunft nicht die Mobilität, noch unsere Erde retten. Statt dessen müssen

andere Lösungen her. Beispielsweise das Dezentralisieren, sodass die Menschen vom Land nicht für alles in die Städte müssen, oder der Ausbau bzw. der Aufbau vom ÖPNV auf dem Land und zum Teil auch in der Stadt. Der ÖPNV muss attraktiver für die Menschen werden, derzeit ist es vor allem in ländlicheren Region teurer oder zumindest genauso teuer, wie mit dem Auto zu fahren. Deshalb muss der ÖPNV kostenlos werden. Manchmal das Auto stehen zulassen und zu Fuß zugehen oder das Rad zunehmen würde auch schon helfen.

Solange das Land aber beispielsweise nicht besser mit ÖPNV und ähnlichem ausgerüstet wird, wird es nicht helfen, Elektroautos statt Benziner oder Diesel zu präferieren, dadurch wird der Verkehr nicht weniger und der Umwelt bringt es auch nichts.

Deshalb:

Und lautlos rollen sie daher, fürs grüne Gewissen und zum Vorteil der einen, zerstören sie bei ihrer Fertigung die Lebensgrundlagen der Anderen. Ist das noch fair?

Vielleicht sind sie nur ein Zwischenschritt zur Lösung.

Und bis dahin rollen sie lautlos daher.

Quellen:

https://efahrer.chip.de/news/reichweitenangst-so-viel-reichweite-benoetigt-ein-e-auto-wirklich_10965

<https://m.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/kaufpraemie-4000-euro-umweltbonus-fuer-elektroautos-verlaengert-a-1270245.html>

https://youtu.be/aS_xTJmzdgA

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Die Problematik des „Greenwashing“

Im Verlauf des EU-Wahlkampfes 2019 ist klar geworden, dass das Thema Umweltschutz mehr und mehr an Bedeutung innerhalb der Wählerdemographie gewinnt. Viele Menschen entscheiden sich inzwischen die Thematik des Umweltschutzes in die eigenen Hände zu nehmen. So versuchen sie zum Beispiel beim Einkauf von Produkten auf Nachhaltigkeit zu achten. In anderen Worten, Produkte, die mit niedrigen oder neutralen CO₂-Emissionen oder natürlichen Rohstoffen vermarktet werden, erhalten momentan einen Zuwachs an Kund*innen.

Die Kund*innen von solchen Produkten erhoffen sich, dass sie die jeweiligen Industrien zu einer langfristigen Veränderung der Produktion verleiten können. Theoretisch haben sie damit Recht. In wirtschaftlichen Theorien heißt es, dass ein Produkt nur dann erfolgreich sein kann, wenn es den Anspruch der Kund*innen entspricht oder innovativ ist. In anderen Worten, ist der*die Kund*in mit dem Produkt unzufrieden, da es umweltschädlich ist, und es gibt ein anderes *besseres* Produkt, wird er*sie dieses Produkt nicht mehr konsumieren. In der Wirklichkeit sieht dies allerdings anders aus.

Da eine Veränderung des Produktionsprozess oder der benötigten Rohstoffe von Firmen oftmals als nicht profitabel gesehen wird, versuchen sie Kund*innen durch gezieltes Marketing oder Täuschung eine Umweltfreundlichkeit ihres Produktes vorzutäuschen. Dabei legen sie Wert darauf, dass die Verpackungen einen *natürlichen* Farbton haben. Um einen *natürlichen* Farbton zu erreichen, greifen sie oftmals auf Psychologie zurück und was Menschen mit bestimmten Farben verbinden. Grün ist dabei sehr effektiv, da es Menschen an die Natur erinnert und sie grüne Blätter oder Wiesen damit assoziieren. Gleichzeitig wird damit der Eindruck eines zertifizierten BIO-Produktes vermittelt.



Ein bekanntes Beispiel hierfür ist ein Werbespot von RWE aus dem Jahr 2009. Im Werbespot wurde ein grüner Riese dargestellt, der Windräder auf die Erde setzt, Kohlebergbau stoppt und grünen Rasen ausrollt. Der Werbespot soll vermitteln, dass RWE einen sehr großen Wert auf erneuerbare Energien setzt. In Wirklichkeit war dies allerdings anders. 2009 war RWE für 20% der CO₂-Emissionen innerhalb Deutschlands verantwortlich und bezog nur 2% der Energie aus erneuerbaren Energien.

Ein weiterer bekannter Trick der Industrie ist es, dass Konzerne einen großen Wert auf die Rohstoffe eines Produktes legen. So seien 100% eines bestimmten Materials aus natürlichen Quellen. Besonders die Kosmetikindustrie ist dafür bekannt. Oftmals heißt es dann auf dem Label einer Feuchtigkeitscreme, dass 100% natürlicher Honig verwendet worden sind. Dies stimmt normalerweise auch, allerdings soll genau dieses Label von den restlichen Inhaltsstoffen ablenken, die aus nicht erneuerbaren Quellen stammen und problematisch für die Umwelt sind, zum Beispiel Mikroplastik. Durch diese Taktiken sind Konzerne in der Lage ihre Kund*innen zu täuschen, die umweltfreundlich einkaufen wollen.

Aktuell gibt es wenige Gesetze, die gegen diese Taktiken vorgehen. Die Regierung muss diese illusionären Taktiken sanktionieren und ein umfassendes Programm gegen umweltschädlichen Konsum ins Leben rufen.

Außerdem müssen Konsument*innen eine aktivere Rolle innerhalb der Politik einnehmen. Es ist lobenswert, dass sie den Markt durch ihr Konsumverhalten beeinflussen wollen, allerdings ist dies realistisch nicht möglich. Lediglich ein umfangreiches Verbot von umweltschädlichen Stoffen kann dies erreichen. Deshalb müssen sie Parteien oder Institutionen unterstützen, die für eine Veränderung kämpfen.

Quellen:

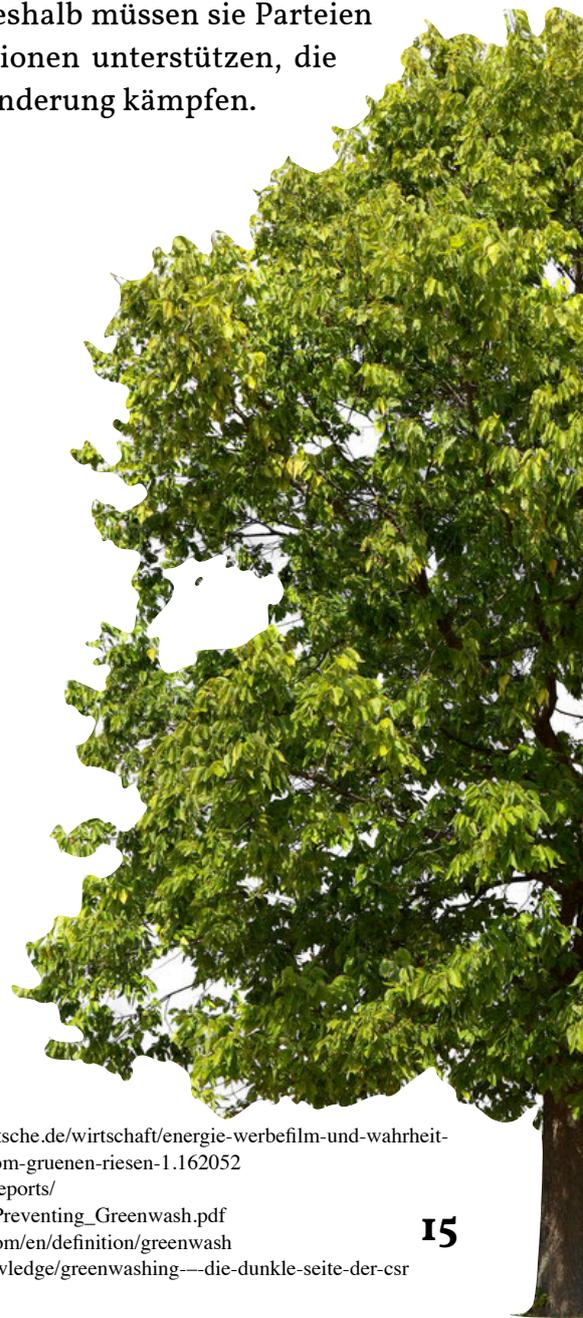
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energie-werbefilm-und-wahrheit-rwe-das-maerchen-vom-gruenen-riesen-1.162052>

<https://www.bsr.org/reports/>

[Understanding%20Preventing_Greenwash.pdf](https://www.bsr.org/reports/Understanding%20Preventing_Greenwash.pdf)

<https://www.lexico.com/en/definition/greenwash>

<https://reset.org/knowledge/greenwashing—die-dunkle-seite-der-csr>



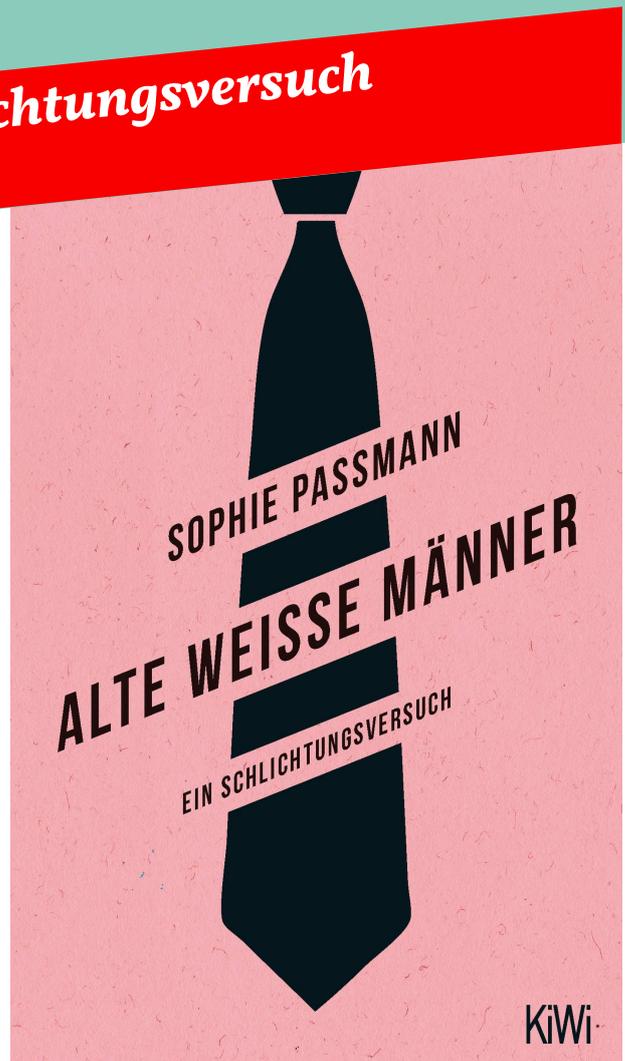
Buchempfehlung

Alte weiße Männer. Ein Schlichtungsversuch Von Sophie Passmann

Sophie Passmanns Buch über die „alten weißen Männer“ enthält 16 Interviews mit Männern wie Kevin Kühnert, Robert Habeck, Werner Patzelt, Kai Diekmann und Claus von Wagner. Sie startet stets damit, dass sie zu Beginn alle danach fragt, ob sie denn „ein alter weißer Mann seien“. Die Herangehensweise muss man nachvollziehen können. Zu Recht gibt es Kritik an dem Buch, dass sie nur Männer interviewt, aber keine Frau oder sich nicht nur Frauen widmet, wie es andere feministische Autor*innen täten.

Aber gerade aus diesem Grund erscheint das Buch Passmanns interessant. Ihren Humor muss man kennen, um die vielen kleinen humoristischen und kritischen, aber gleichzeitig auch klugen Kommentare zu verstehen. Genau das macht es wohl für viele schwierig, aber gleichzeitig bleibt es immer kritisch gegenüber den Interviewten. Und nichtsdestotrotz gelingt es ihr mit dem jeweils Interviewten ins Gespräch über „alte weiße Männer“ zu kommen, was das Problem an diesen ist, ob man zwangsläufig zu einem wird und über „den Feminismus“ und klärt nebenbei einige alte weiße“ Männer darüber auf, was Feminismus eigentlich bedeutet.

Das Buch zu lesen lohnt sich fraglos – entweder, weil man den Humor und die tieferen Ebenen dahinter versteht oder weil man sich darüber so herrlich aufregen kann, dass das ja alles ganz „unfeministisch“ sei.



Bewertung

Thematik	••••◦ 3/5
Aufbau	••••• 5/5
Humor	••••◦ 4/5

Terminübersicht

September

15. Gedenkstättenfahrt

15. Regionalkonferenz

Oktober

5. - 6. Seminar „Kommunalpolitik“

November

22.-24. Bundeskongress

Editorial & Impressum

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Redaktion

Lasse Rebbin
Laura Baumgarten

Lektor*innen

Laura Baumgarten
Tom Melzow

Umsetzung Design

Kira Georg

Redakteur*innen

Laura Baumgarten
Mattheus Berg
Katharina Brumme
Johanna Kuipers
Tom Melzow

Jungsozialist*in
Jahrgang 2 - 2019
Ausgabe August 2019/2

Bildnachweise

Cover:

S. 3: Lasse Rebbin

S.11: NordNordWest

S.12f: Vectorstock

S.14: Shutterstock

S.15: Gartenmagazin

S. 16: Kiepenheuer & Witsch